

Industriepolitik und Volks- ernährung.

Wenn der Friede geschlossen sein wird, dann werden sich die Heimkehrenden wie die Daheimgebliebenen ohne Ausnahme darauf freuen, bald ohne Schranken ein tüchtig Stück Brot genießen zu können. Uebermächtig wird diese Sehnsucht sein, sie wird die handelspolitischen Kündereien, mit denen man sich jetzt noch die Zeit zu vertreiben scheint, wie Flaumfedern hinwegblasen. Darüber sollte keine Täuschung sein. Aber selbst solche Selbstverständlichkeiten bedürfen noch des Erweises ihrer Notwendigkeit, wenn das hergebrachte wirtschaftliche Denken, das zum Starschwarz erstarrete Vorurteil ihm widerstrebt. Hört man doch namhafte Industrielle die agrarischen Weisheiten heute noch nachbeten, wo die beiden Voraussetzungen des Agrarschutzes ganz hinfällig geworden sind, nämlich daß der für Agrarprodukte gezahlte Preis die Produktionskosten nicht deckt und daß die heimische Landwirtschaft noch niemals dem wachsenden Inlandsbedarf nur annähernd nachkommen könne.

Vor dem Kriege hatte die Staatsgewalt in gewissem Sinne die Wahl, sie durfte handelspolitisch auch irren. Da wir bis zur Jahrhundertwende mit unserer heimischen Brotfrucht noch so ziemlich langten, da sich der Staatshaushalt in bescheidenen Grenzen hielt, da der Wirtschaftssleiß der Bewohner im übrigen das Land empork brachte — was lag am Ende daran? Auch Zölle waren parlamentarisches Kleingeld. Nach dem Kriege trägt der Staat Lasten, die nur die allerintensivste Volkswirtschaft aufbringen kann — sie wird mit überheizten Kesseln arbeiten müssen und so wird die Steigerung der Arbeitskraft zur Höchstleistung reichliche Eiweißnahrung fordern. Zur Herstellung seiner Valuta wird ein ganz gewaltiger Export nötig sein und dieser ist nur unter zwei Bedingungen — neben anderen! — zu erreichen: daß unsere Arbeiter im Inland gleich billig oder billiger leben als im Ausland und daß wir den Käufern unserer Industrie-

produkte draußen den Verkauf ihrer Agrarprodukte herinnen erleichtern. Der Staat wird Handelspolitik treiben unter dem Zwange, unter dem gebieterischen Zwange der Notwendigkeit! Und wie uns dünkt, müßte das Vorgefühl davon schon jetzt in unserem Handelsamt herrschen und die Unterhändler auf ihren Fahrten zwischen Wien und Budapest begleiten...

Allein eine Exportindustrie kann nur ausnahmsweise gedeihen ohne ausgebreiteten und aufnahmefähigen Inlandsmarkt. Der Inlandsmarkt ist es, der die Industrien gesund erhält und groß macht, auf ihm liegt das wirtschaftliche Gewicht. (Wenn wir so oft und so nachdrücklich auf den Export hinweisen, so bloß in Erkenntnis des besonderen, zeitlichen Finanz- und Währungsnotstandes.) Man kann mit gewissem Rechte sagen: Der Markt macht die Fabrik. Ist der Markt klein, so kann die Fabrik nicht groß sein; ist der Markt armselig, so kann die Erzeugung nicht zu hoher Güte und Besonderung gedeihen. Für einen schmalen Luxusmarkt genügt am Ende das Kunsthandwerk; die Industrie braucht große, dichte, zehrkraftige Märkte in unmittelbarer Nähe vorerst, das fernere Ausland mag sodann als Käufer noch ein übriges tun.

Unsere verehrlichen Klassengegner, die Herren Industriellen, haben sich bisher wenig um das Problem gekümmert, ob überhaupt und wie denn ein Markt zu schaffen und zu gestalten sei. Haben sie doch kaum bemerkt, wie seit der Jahrhundertwende der vorhandene Inlandsmarkt untergraben worden ist. Und doch ist die Kunde davon alt.

Vor einem Menschenalter hat der Statistiker Ernst Engel das berühmte geworden „Engelsche Gesetz“ aus einem gemaltigen Untersuchungsmaterial bloßgelegt: „Je ärmer eine Familie ist, ein desto größerer Anteil von der Gesamtausgabe muß zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden.“ Und weiter: „Die Höhe der Ausgaben für Nahrung wächst bei Abnahme des Wohlstandes in einer geometrischen Progression.“ Dieses erste Gesetz der Haushaltswissenschaft hat sich vielausendfach bestätigt an den aufgenommenen Haushaltsrechnungen aller Länder der Welt. Im Jahre 1909 hat das Statistische Amt des Deutschen Reiches Erhebungen über den Haushalt von etwa tausend minderbemittelten Familien veröffentlicht, die diese Gesetze bestätigen. Im Durchschnitt verwendeten diese Familien von ihrem Einkommen auf Nahrung 45-55 vom Hundert (auf Kleidung 12-64, Wohnung 17-96, Heizung und Beleuchtung 4-07, Sonstiges 19-78). Gliedert man die Familien in drei Wohlhabensstufen (I bis zu 2000, II darüber bis zu 3000, III darüber bis zu 5000 Mark Einkommen), so verschiebt sich der Aufwand wie folgt:

Ausgaben für	Familien		
	I bis 2000 Mark Prozente vom Einkommen	II 2000 bis 3000 Mark	III 3000 bis 5000 Mark
Nahrungs- und Genussmittel	52.3	45.9	36.2
Kleidung und Wäsche . . .	10.7	13.3	14.3
Wohnung und Hausrat . .	17.7	17.8	18.5
Heizung und Beleuchtung . .	4.7	4.0	4.1
Sonstiges	14.6	19.9	27.5

Im Durchschnitt der untersten Stufe geht schon mehr als die Hälfte des Einkommens auf die bloße Nahrung auf — auf Textilerzeugnisse bleibt nur noch dessen zehnter Teil, auf höhere Bedürfnisse (Sonstiges) nur der siebente Teil: Je ärmllicher der Haushalt, umso mehr wird er Käufer von Lebensmitteln, von agrarischen Erzeugnissen einfacher Art!

Es ist diese Auffassung ihrer gegenseitigen Verantwortlichkeit, die sich als die tiefere Ursache der Haltung darstellt, die die Parteien Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, Oesterreichs und Ungarns — um nur einige der Kriegführenden zu nennen — gegenüber dem Internationalen Sozialistischen Büro eingenommen haben. Trotz des tiefen Meinungsgegensatzes, der sie trennt, denken sie gleich uns, daß sich das Exekutivcomité nicht anmaßen darf, als Richter über die Parteien aufzutreten, ohne sie zu handeln oder sich an ihre Stelle zu setzen. Es ist das Band zwischen den Parteien und soll es bleiben. Und es wird es bleiben!

Im Laufe der Besprechungen, die wir mit den Delegationen oder Parteivorständen der verschiedenen Parteien abgehalten haben, sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Meinungsverschiedenheit vor allem die Bestimmung des Augenblicks für den Friedensschluß betrifft.

Die einen wollen den Frieden sofort und um jeden Preis. Sie wollen vor allem das Ende des Krieges. Die anderen verwerfen den sofortigen Friedensschluß, nicht als ob sie Gegner des Friedens wären, sondern weil sie glauben, daß der Friede unter den derzeit gegebenen Bedingungen gebredlich wäre. Was sie vor allem anstreben, ist das Ende der Kriege überhaupt.

Aber beide Teile erklären in ihren Resolutionen, in ihren Reden und in ihren Zeitungen, daß die Welt dem Augenblick des Friedens um so näher rückt, je klarer sie die Ziele des Krieges erkennt.

Wir haben den Eindruck, daß es möglich sei, auf diesem Wege die Einheit der proletarischen Aktion zu finden.

Sicherlich, noch haben wir nicht die Macht, dem Kriege ein Ende zu machen. Aber indem wir diesem Ziele zustreben, können wir auf den Inhalt des Friedens einwirken, denn von ihm hängt die politische Gestaltung der Zukunft und damit das Schicksal des kommenden Geschlechtes ab. Die Arbeiterklasse hat das höchste Interesse daran, ihrer